

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 102 (2022)
Heft: 1093

Artikel: Eidg. dipl. Staatsfeder
Autor: Grob, Ronnie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1035421>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eidg. dipl. Staatsfeder

Der Staat drängt mit einem Massnahmenpaket in die freie Medienlandschaft. Doch die publizistische Vielfalt hat mit dem Internet zugenommen und ist auch ohne Subventionen gewährleistet.

von Ronnie Grob

Noch bis vor wenigen Jahren gab es Leuchtturmmedien wie grosse Zeitungen oder grosse TV-Sender. Berichteten diese, konnte man davon ausgehen, dass es ein Grossteil der interessierten Bevölkerung mitbekommt. Mit dem Aufkommen des Internets jedoch hat sich die Aufmerksamkeit zersplittert und verteilt. Vermeintliche Leuchtturmsendungen wie die «Tagesschau» erreichen längst nur noch einen kleinen Teil der Bevölkerung. Ihr Publikum ist abgewandert zu anderen Medien, Portalen, Netzwerken. Die beklagten Gründe sind vielfältig: einseitige und unvollständige Berichterstattung, zu grosse Nähe gegenüber den Behörden, unerwünschte Indoktrination.

Die Demokratisierung der medialen Produktionsmittel bringt Journalismus und Medienangebote im Überfluss. Das Angebot an direkt und indirekt finanzierten Medien ist in den letzten Jahren explodiert. Konsumenten haben Möglichkeiten wie noch nie, sich frei und vielfältig zu informieren und sich ein Medienangebot nach Gusto und Interesse zusammenzustellen. In der Folge sind viele neue Medienproduzenten aufgetaucht, und das ist grundsätzlich eine Bereicherung. Der Berufsstand des Journalisten in der liberalen Rechtsordnung benötigt nur wenige formale Anforderungen, es ist eine Errungenschaft der Aufklärung: Alle Bürger sollen sich als Journalisten betätigen können; hindernisfrei und ohne Einschränkungen wie Bewilligungen, Ausbildungen oder Diplome.

Einmischung der Behörde

Je stärker der Berufsstand reguliert wird, desto enger und einseitiger wird die Auswahl der Journalisten. Bereits jetzt haben nur wenige mit Wirtschaftserfahrung oder ohne abgebrochenes oder abgeschlossenes Studium den Weg in den Journalismus gefunden. Das Massnahmenpaket für die Medien, über das am 13. Februar 2022 in der Schweiz abgestimmt wird, führt zu stärker vom Staat regulierten Journalisten, die zudem in eine Abhängigkeit von der öffentlichen Hand getrieben werden. In Artikel 76 mischt sich das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) verhängnisvoll in die freie Medienlandschaft ein und drängt sich auf mit finanzieller Unterstützung in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, digitale Infrastrukturen und Agenturleistungen, aber auch beim Aufbau von Selbstregulierungsorganisationen. Mit dem Ausbau der Finanzierung der Post-

zustellung werden Printmedien einseitig bevorteilt. Das Bakom betreibt so eine unnötige Industriepolitik, die Medien weiterleben lässt, welche ohne staatliche Unterstützung kaum überleben würden. Auch wenn die Schweiz seit 1849 eine Form der indirekten Medienförderung kennt, ist aus liberaler Sicht nur eines richtig: Der Staat hat sich komplett aus den Medien herauszuhalten. Nur so sind die Medien frei, die Leistung von Verwaltung und Politik ohne falsche Zurückhaltung kritisch zu beurteilen.

Besonders interessant ist, dass Verlage mit funktionierenden Geschäftsmodellen staatliche Förderung beanspruchen wollen: Die florierenden Grosskonzerne Ringier und TX Group würden Gelder erhalten, aber auch etwa das erfolgreiche Start-up «Republik», das mit aktuell rund 29 000 zahlenden Abonnenten selbsttragend ist. Das Problem mit Subventionen ist natürlich, dass sie den Markt verzerren. Wer (wie der «Schweizer Monat») keine solchen Gelder annehmen will, sieht sich gegenüber Medien, die Subventionen beziehen, im Wettbewerbsnachteil. Wollen sie gleiche Voraussetzungen haben, sehen sie sich dazu gedrängt, ebenfalls staatliche Gelder anzunehmen. Dreht sich diese Spirale weiter in Richtung staatliche Finanzierung, bedeutet das ein Weniger an Medienvielfalt. Vollständig privat finanzierte Firmen, wie es sie in der Schweiz zum Glück noch gibt, haben dann keine entsprechenden Medien mehr, die sie publizistisch vertreten. Auf lange Frist wird die Schweiz so weniger liberal und büsst aufgebauete Wettbewerbsvorteile ein.

Im Gegensatz zur bisherigen indirekten Medienförderung beinhaltet das neue Massnahmenpaket auch ein Bundesgesetz zur Förderung von Online-Medien (BFOM), das Konditionen zur Förderung aufstellt, die von staatlicher Seite her geprüft und bewilligt werden müssen. Auch wenn die Anforderungen harmlos und leicht erfüllbar daherkommen, ist das ein unnötiges mögliches Einfallstor, um die journalistische Freiheit zu beschränken. Staatsangestellte sind nicht die Richtigen, um zu entscheiden, welche Online-Angebote eine Finanzierung erhalten sollen und welche nicht. Gefährlich ist das Massnahmenpaket vor allem auch deshalb, weil es irreversible Entwicklungen in Gang bringt. Zieht der Staat einmal die Fäden in der medialen Privatwirtschaft, wird er auch Einfluss nehmen wollen. Die Kriterien, die zur Förderung berechtigen, können künf-

tig mit vermeintlich sanften Mitteln angepasst werden, etwa mit Quotenregelungen, vielleicht auch mit einer gewissen Anzahl von Artikeln zum Thema Klimaschutz. Noch ist das nicht absehbar, aber in der Coronakrise haben wir gesehen, wie rasch es gehen kann: Soziale Netzwerke etwa haben sich ziemlich willfährig staatlicher Zensur gebeugt.

Funktionierende Geschäftsmodelle

Überhaupt sollte man die Idee, dass Medien etwas sind, das gefördert werden soll, kritisch sehen. Nichts gegen Boulevardportale wie 20min.ch oder Blick.ch. Was sie machen, ist von der Meinungsäusserungsfreiheit in den allermeisten Fällen gedeckt. Dennoch kommt man nicht umhin, festzustellen, dass sie die Aufmerksamkeit, mit der sie Werbung verkaufen, erlangen, indem sie das Reptiliengehirn in uns ansprechen, das Stammhirn, das stark auf existenzielle Bedrohungen wie Spaltung der sozialen Gruppe oder Todesgefahr reagiert. So sind die meistgeklickten und meistdiskutierten Artikel jene, die Konflikte in der Gesellschaft heraufbeschwören und bewirtschaften (etwa zwischen Geimpften und Ungeimpften) oder Angst säen und verbreiten (etwa mit einer panikschürenden Berichterstattung über Einzelschicksale). Während ersteres den Zusammenhalt des Landes gefährdet, greift letzteres die Gesundheit der Psyche von Medienkonsumenten an. Sein Geld so zu verdienen, ist ein legales Geschäftsmodell, aber sicher nicht etwas, das staatlich finanziert werden muss.

Bereits jetzt sind viele Journalisten nur wenig kritisch gegenüber der Staatsmacht. Mit diesem Mediengesetz drohen sie zu Schosshündchen des Staats zu werden. Ein freies Land mit liberaler Tradition wie die Schweiz benötigt jedoch das Gegenteil: mehr Medien und Journalisten, die staatsfern sind. Das Massnahmenpaket muss deshalb abgelehnt werden.

Kritische Publizistik, die auch erfolgreich ist, bleibt eine Herausforderung. Gefordert sind dabei auch Abonnenten und Mäzene: Wenn niemand bereit ist, freiheitliche Medien zu finanzieren, werden die unfreiheitlichen übernehmen. ◀



Ronnie Grob

ist Chefredaktor dieser Zeitschrift.

Zahl des Monats

236

einheimische Unternehmen waren nach Zahlen der Weltbank 2020 in der Schweiz börsennotiert. Der Höhepunkt war 2003 mit 289 Unternehmen zu verzeichnen. Damit ist das Muster in der Schweiz ähnlich wie in anderen westlichen Industrieländern, aber der Rückgang recht moderat. In Deutschland ging die Zahl börsennotierter Firmen vom Höhepunkt mit 761 Unternehmen in 2007 auf 438 im Jahre 2020 zurück, in Österreich von 112 in 1992 auf 68 in 2020, in Frankreich von 1185 in 2002 auf 457 in 2018 und in den USA von 8090 in 1996 auf 4266 in 2019.

Drei Faktoren haben massgeblich zum Rückgang beigetragen: Erstens sind Fusionen börsennotierter Unternehmen in den vergangenen Jahrzehnten häufiger geworden. Zweitens nahm die Anzahl jährlicher Neuemissionen tendenziell ab. Drittens erleichtert der verbesserte Zugang zu Private Equity den Hauptaktionären, die Finanzierung ihrer Vorhaben zu sichern und nicht nur später, sondern gar nicht an die Börse zu gehen.

Der den zunehmenden Fusionsaktivitäten geschuldete Rückgang ist zumindest potentiell bedenklich. Sich zusammenschliessende Unternehmen haben die Chance, auf einen effizienteren Einsatz von knappen Ressourcen hinzuwirken. Ihnen können sich jedoch zugleich Möglichkeiten bieten, die Bündelung ihrer Marktmacht auszunutzen, um höhere Preise für ihre eigenen Produkte und niedrigere Preise für die Leistungen ihrer Lieferanten durchzusetzen.

Der Rückgang der Anzahl börsennotierter Unternehmen der letzten Jahrzehnte in zahlreichen wohlhabenden westlichen Ländern kann auch Resultat einer abnehmenden marktwirtschaftlichen Dynamik in dieser Ländergruppe sein. Es passt zumindest ins Bild, dass sich die Anzahl gelisteter Unternehmen in den derzeit in der Regel als dynamischer wahrgenommenen Ländern Ostasiens seit den frühen 2000er-Jahren mehr als verdoppelt hat.

Anders als beispielsweise in Deutschland und in den USA ist die Anzahl börsennotierter Unternehmen in der Schweiz seit 2012 immerhin konstant geblieben; hoffentlich der Beginn einer Trendwende, die sich in anderen Ländern fortsetzt. Wünschenswert wäre es.

Alexander Fink ist promovierter Ökonom und lebt bei Hamburg.